



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

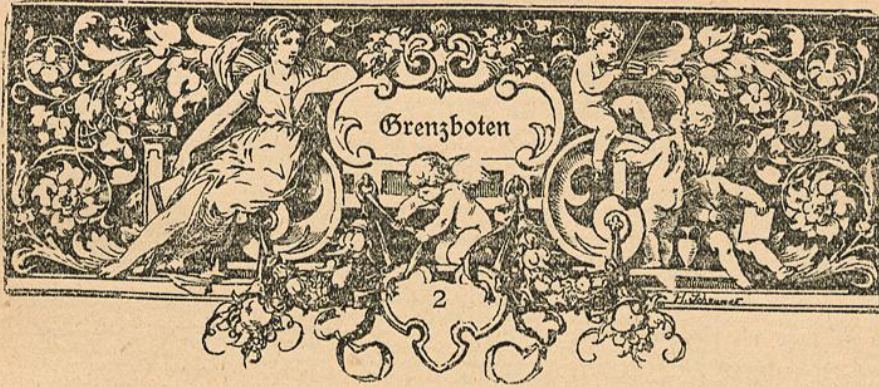
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Eimer, Manfred: Das deutscheste Ziel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das deutscheste Ziel

Von Dr. Manfred Eimer (Freudenstadt)



as Jahr 1919 wird trotz aller Not und allen Tiefstandes insofern mindestens ein Jahr der Ermunterung bleiben, als der Einheitsgedanke darin siegreich geworden ist, während die Gefahr eines allgemeinen Zerfalles des Reichs nahe gerückt war. Am 15. Dezember 1919 hat die Mehrheit der Preussischen Landesversammlung, anstatt dem preussischen Staat eine neue, freiheitliche Verfassung zu geben, die Folgerungen aus der allgemeinen Lage und ihren Strömungen gezogen, und zur Begründung dessen aufgerufen, was man — sehr bezeichnenderweise im Gegensatz zu der Schöpfung von 1871 — den Einheitsstaat zu nennen gewöhnt worden ist. Damit sind die anderen Länder des Reichs in die Lage gekommen, zu dieser Entwicklung Stellung zu nehmen.

Es wird ewig denkwürdig bleiben, daß aus der wilden Flut der Revolution gerade dieser Gedanke mit Macht hervorgetaucht ist, in Zeiten, wo es schien, als sei die deutsche Einheit aufs neue schwer bedroht. Freilich, noch ist das letzte Wort nicht gesprochen. Aber so viel ist sicher, daß der politische Partikularismus ausgespielt hat.

Beim deutschen Partikularismus ist der politische vom kulturellen zu unterscheiden. Allerdings gehen beide oft brüderlich Hand in Hand. Aber es scheint doch, als ob dem einen nun die Stunde geschlagen hätte. Und dieser, der politische Partikularismus, ist der bekämpfenswerte. Er ist es, der so vieles Unheil in der deutschen Geschichte angerichtet hat, und der sich in derselben nicht nur über Gebühr erhalten, sondern gerade im Reiche von 1871 gestärkt hat.

Als Bismarck an den Amboss trat, um das Reich zu schmieden, war an ein innerlich geschlossenes deutsches Reich nicht zu denken. Sein Briefwechsel mit Ludwig dem Zweiten von Bayern zeigt, daß Bismarcks Werk nur auf föderativer Grundlage möglich war. Jedes Tippen an dieser Grundlage hätte sein Werk sofort gefährdet. Aber nicht nur deshalb bekennt sich Bismarck gerade dem Bayernkönig gegenüber selbst als unentwegten Hüter der bundesstaatlicher Verfassung. Das war nicht etwa nur Diplomatie; sondern es war auch seine

Überzeugung, insofern er der Ansicht war, daß das deutsche Volk nur unter seinen Fürsten existieren könne. Daß er dabei nicht glaubte, dieser und jener Teil Deutschlands müsse notwendigerweise einen eigenen Fürsten haben, das hat er 1866 selbst bewiesen, obschon er durchblicken läßt, daß nicht er persönlich, sondern sein König das treibende Element bei den Annexionen von 1866 gewesen sei! Aber zweifellos hätte Bismarck noch manchem größeren deutschen Fürstentum ein Ende bereitet, wenn er Gelegenheit dazu gehabt hätte. Den Unsinn des Fortbestehens der deutschen Zwergstaaten dagegen konnte er mit Gleichmut behandeln, da sie ihm als stimmführende Trabanten Preußens nicht unwillkommen und im übrigen politisch nicht hinderlich waren.

Bismarck war als Gegner der Demokratie bestrebt, das dynastische Bewußtsein in Deutschland zu kräftigen und zu erhalten, und er glaubte nicht an den Zusammenhalt Preußens und Bayerns als Staatswesen, wenn die Dynastien fehlten. Daß er darin recht behalten hat — auch, was das in sich unstimmig gewordene Alt- und Neubayern anbetrifft — macht seinem Scharfblick aufs neue alle Ehre. Aber er hat auf der anderen Seite die Werbekraft demokratischer Ideen unterschätzt. Er hat dem zu seiner Zeit Überlieferten und daher Bestehenden gegenüber dem neu Werden zu viel Bedeutung beigelegt, oder dem neu Werden zu wenig Werbekraft zugemessen. Und so ist dieses mächtiger geworden als seine Theorie, die sich auf dem Gewohnten aufbaute.

Dies ist um so merkwürdiger, als es Bismarck doch vor allem darauf ankam, das Reich möglichst dauerhaft zu begründen, und als er durchaus nicht verkannte, daß, wie er sagt, die Dynastien überall den Punkt bildeten, „um den der deutsche Trieb nach Sonderung in engeren Verbänden seine Kristalle ansetzte“.

Kristalle wachsen aber bekanntlich, und so war es doch immerhin fraglich, ob, gerade bei einem System, welches so sehr von vielen Einzelpersonlichkeiten abhing, nicht Auswüchse entstehen möchten. Es war dies namentlich fraglich in einem Bundesreich, wo die gewaltige Person des Schöpfers ebenso vergänglich war, wie die seines „vornehmen und korrekten“ Herrn, und wo das Trennende auch insofern nicht überbrückt wurde, als gerade Bismarck selbst sich gegen eine Einrichtung wehrte, welche zusammenklammernde Wirkung hätte haben können, nämlich gegen die Einsetzung von Reichsministern neben dem Reichskanzler.

Trotz alledem war das Werk Bismarcks so groß, weil das Vorausgegangene so klein und nichtig und elend gewesen war; weil die Deutschen nun doch ein fest umrissenes, nach außen mächtig dastehendes einiges Reich errungen hatten. Aber es hat sich gezeigt, daß das nur ein Anfang gewesen ist.

Das Reich von 1871 hat seinen Zweck auch im Innern keineswegs verfehlt. Es hat in weiten Schichten des Volkes das Zusammengehörigkeitsgefühl geweckt und erhalten. Ohne diese Anfangsgrundlage wäre ein Fortschritt wie der des Jahres 1919 nicht denkbar gewesen. Die segensreichen Folgen der Reichsgründung von 1871 haben auch in Staaten, die sich so stark auf sich selbst zurückzogen wie nur möglich, dem Partikularbestreben die Wage zu halten vermocht. Die Einsicht, daß im Rahmen des Reichs Vorteile lagen, vor allem Schutz gegenüber eroberungslüsternden Großmächten, fehlte keineswegs. Auch der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands nach außen wie im Innern war so unbestreitbar mit dem Reiche und seiner Macht verbunden, daß eine Absonderung als Selbstmord erscheinen mußte.

Durch diese Erkenntnis aber war die Reichsanhänglichkeit vielfach ausschließlich bedingt. Manche Einzelstaaten suchten im übrigen möglichst wenig von dem 1871 geschaffenen zu verspüren. Und je mehr es sich zeigte, daß das große Preußen durch seine Führerrolle auch eine Machtrolle spielte, desto stärker wurde die eigene Staatsgewalt in den einzelnen Ländern betont. Daraus ergab sich eine immer renitentere Stimmung in denselben. Immer schroffer betonte man in Süddeutschland und Sachsen die eigene Selbständigkeit. Daß dies auf die Bevölkerungen wirkte, und wie es wirkte, ist leicht zu ermessen.

Ein kurzer, siegreicher Krieg hätte dies wieder rückwärts drängen können. Aufzuheben wäre es im dynastischen Deutschland nie gewesen. Man hat schon immer gesagt: ehe wir Deutsche wirklich einig werden, muß es uns entsetzlich schlecht ergehen. Das ist wahr geworden.

Wir sind nun über die neueste Entwicklung noch nicht hinüber. Aber wir stehen mitten darin. Und es ist zu hoffen, daß Bismarck sich in einem Punkte geirrt hat, nämlich darin, daß das deutsche Volk nur durch seine Dynastien (und deren Interessen) zusammengehalten werde.

Freilich fehlt es bei der Bewegung, welche neu eingesetzt hat, an jeder schwungvollen Parole, die eine Freudigkeit auszulösen in stände wäre; von idealer Begeisterung für die Erreichung des großen Zieles unseres Volkes ganz zu schweigen! Die bittere Not ist es, die der Muse der Geschichte heute den Griffel in die Hand drückt, um langsam gequält das Wort: Einheit! in ihr Buch zu schreiben. Und das hat — abgesehen von denen, welche den Untergang der Dynastien betrauern — zwei Gründe.

Erstens ist mit der Einheitsbewegung der Hingang des ruhmvollen preussischen Staates verbunden, unter allen Anzeichen des politischen Zerfalles; zweitens hängen die einzelnen Länder so sehr an ihrem Bestand, daß die Einheit ihnen als ein Räuber vor Augen steht, dem man Widerstand leisten muß, mit dem man ringt.

Dieser Tatbestand ermangelt alles Erhebenden, und namentlich der Widerstand der einzelnen Länder oder ihre Resignation ist das deutlichste Zeichen dafür, wie ungesund eigentlich das ganze bisherige Reichshaus in Wahrheit gewesen ist, welche Risse darin klasten, und wie gewaltig das Ziel ist, welches, durch die neue Verfassung gewiesen, der Vollenbung entgegenstrebt.

Das Bewußtsein für die Größe dieses nahe gerückten Zieles fehlt weiten Kreisen deutscher Reichsbürger vollkommen. Das Bewußtsein, daß wirkliche Einigkeit ein sittlicher Zweck eines großen Volkes ist, schlummert gänzlich. Ganz andere Gedanken und Wünsche triumphieren, und heftige Gegnerschaft gegen den „Reichsgedanken“ herrscht vielfach vor. Daß das Reich von 1871 hier seine Probe nicht bestanden hat, wird klar. Um so deutlicher ist es, wo die Fehlerquellen lagen, und um so ernsthafter ist, nach deren Beseitigung, das große Ziel zu erstreben.

In jedem großen Volk und Reich gibt es Unterschiede, Abneigungen, Anfeindungen, Eifersüchteleien usw. Aber diese haben keinen politischen Charakter. Man kann sie landschaftlich nennen. Dies bedeutet zumeist zugleich mundartlich. Das Mundartliche ist es, was schon von Dorf zu Dorf und von Stadt zu Stadt Quängeleien, Spötterei, Nebenbuhlerschaften aller Art auszulösen pflegt; wie viel

begreiflicher ist es zwischen größeren Landschaftsgebieten! Das Mundartliche ist Kulturbesitz, und ihm entspricht vielfach die Lebensgewohnheit, an der man festhält; beides zusammen bedingt vor allem das, was man „Eigenart“ nennt; hinzu kommt dann noch manche Charaktereigentümlichkeit, die sich vererbt und die durch Mundart und Lebensgewohnheiten stark bedingt ist. Diese Eigentümlichkeiten erstrecken sich über das, was wir in Deutschland Stämme nennen, und trotz seiner Vorliebe für das dynastische Gefüge hat Bismarck nicht verkannt, daß die Landesgrenzen sich in keiner Weise mit den Stammesgrenzen im Reiche decken. Aber in den Einzelstaaten hat man es schon vielfach vergessen gehabt.

Gerade das Stammesmäßige, welches seine Berechtigung hat, wurde — in Niedersachsen wie in Bayern und Baden — durch die dynastischen Grenzen niedergehalten oder in unnatürliche Teile zerlegt. Und hier ist ein Moment idealistischen Strebens durch die Revolution neu ausgelöst worden: die alte Stammeskraft regt sich, reckt sich über die Grenzen hinüber und bedroht sie.

Aus diesem Verwandtschaftsgefühl, welches offenbar viel empfindlicher zurückgehalten worden ist, als uns deutschen Sonderstaatlern — angezogen von den Kristallpunkten — zum Bewußtsein kam, ist der Impuls des Jahres 1919 zu erklären. Auf ihn zielt die Einheitsbewegung hin. Aber nicht in dem Sinne, daß neue politische Grenzen, neue Staatsbürgerrechte und Stammesministerien errichtet werden sollen, sondern so, daß das Stammesmäßige zur Geltung kommen soll unter Drangabe des Staatsgefüges der Länder, die den Stämmen nicht entsprechen.

Das kulturell Eigentümliche soll also nicht nur bewahrt, sondern neu belebt werden, unter einheitlicher Reichsgewalt, wie sie durch die neue Verfassung bereits siegreich vorgezeichnet worden ist. —

Dies neue Reich ist nun durch den Antrag der Mehrheitsparteien in der Preussischen Landesversammlung gefordert worden.

Leider muß man sagen, daß diese Aktion vom 15. Dezember so wenig staatsmännisch wie möglich unternommen wurde. Erstens die Form: eine nüchterne Resolution. Zweitens unter Widerspruch des preussischen Ministerpräsidenten und ohne vorherige Vereinbarung mit ihm, was für das parlamentarische System recht blamabel und nicht eben viel versprechend gewesen ist. Drittens ohne jede Fühlungnahme mit den anderen, die „auch dabei“ sind.

Letzteres ist nahezu unbegreiflich. Der Nichtpreuße, der sich hier über einen Vergewaltigungsversuch beschwert, über preussische Rücksichtslosigkeit und dergleichen, ist zweifellos im Recht. Es fehlte bei dem wichtigen Schritt offenbar wieder die nötige Umsicht, die wünschenswerte diplomatische Kenntnis der Faktoren, mit denen zu rechnen ist, — ein Mangel unserer Staatskunst, der sich niemals verleugnen zu wollen scheint.

Schon erhoben sich denn auch in Bayern, wo längst gar betrübliche Anzeichen bedenklicher Extratouren zu bemerken waren, die Wogen zu bedrohlicher Höhe, als glücklicherweise eine für den 18. Dezember anberaumte Landtagsitzung in Stuttgart die Erörterung des Einheitsproblems ermöglichte. Württemberg kann stolz sein darauf, daß sein Landtag kein non liquet ausgesprochen hat. Ging es auch nicht ohne Nadelstiche und Verwahrungen ab, stemmte man sich auch fest auf die Bedingung deutlicher Dezentralisation, — Württemberg sagte „Nein!“ aber nicht: „Nein!“

Ein weiteres Glück war es, daß die bayerische Regierung den Weg fand, welchen die preußischen Antragsteller hätten gehen müssen: daß sie nämlich eine Beratung der Einzelregierungen verlangte, noch ehe die Pressestimmen einen solchen Vorschlag schwierig, wenn nicht unmöglich machten. Denn die Tage vor Weihnachten brachten in der bayerischen Presse des Zentrums, der Bauernbündler und der Demokratie derartige Erzeugnisse der Reichsverdrossenheit zutage, daß — jedenfalls in Altbayern — die Angelegenheit wenig günstig zu beurteilen ist.

Besonders betäubend ist die Tatsache, daß in Baden offiziös gegen den Einheitsstaat als „Verpreußung“ Stellung genommen und das Volk mobil gemacht wurde: eine wirksame Taktik, die auch beim Austausch der Reichssteuergemeinschaft dort angewandt wurde und in diesem südwestlichen Grenzlande ganz besonders wenig erzieherisch genannt werden muß. Man wird nicht fehl gehen in der Annahme, daß recht kleinliche Beweggründe für eine solche Irreführung eines früher besonders national gesinnten Volkes vorliegen, Beweggründe, die für die früheren Dynastien in ihrem Partikularismus leitend waren, es aber für viele Einzelstaatsminister auch heute noch sind.

Der preußische Antrag bekannte sich zur Auflösung des Staates Preußen. Was versteht man danach in Baden an leitender Stelle unter „Verpreußung“ durch den Einheitsstaat? Konrad Haußmann findet sie — in den bisherigen Verhältnissen — auf „politischem, staatsrechtlichem (?), verkehrspolitischem und darum auch wirtschaftspolitischem“ Gebiet. Aber der schwäbische Demokratenführer bekennt: „Die Süddeutschen müssen die Schwierigkeiten Norddeutschlands verständnisvoll ins Auge fassen, schon deshalb, weil sie verlangen müssen, daß auch die Schwierigkeiten Süddeutschlands verständnisvoll von Norddeutschland in Rechnung gestellt werden.“ Dies ist eine neue Tonart aus dem Süden; hätte man die Bevölkerung doch schon lange nach ihr pfeifen gelehrt! Aber das Gegenteil war der Fall. Und auf diesem gegenteiligen Standpunkt steht offenbar die badische Regierung noch heute.

Es ist eine merkwürdige Verirrung, die in nichtpreußischen Gemütern immer mehr Platz gegriffen hat, sich das Reich als etwas vorzustellen, was außerhalb seiner Teile existiere und sie vernachlässige und vergewaltige. So betonte der (aus Preußen stammende) sächsische Minister Gradnauer: „Das Reich kann nur gedeihen, wenn seinen Teilen die Lebensmöglichkeit und Lebensfähigkeit gelassen ist.“

Dies ist so selbstverständlich, daß man an sich gar nicht versteht, warum diese Feststellung eine besondere Bedeutung haben sollte. Aber ihr Sinn ist der gleiche, wie in häufigen ähnlichen Kundgebungen in den süddeutschen Ländern: nämlich der, daß jedes dieser Länder fürchtet, durch den Einheitsstaat vernachlässigt, beiseite gelassen, höchstens ausgenutzt, aber nicht gefördert zu werden. Wo bliebe das Reich, wenn dies seine Praxis wäre?

Es fehlt bei dieser Betrachtungsweise nicht nur der Gedankengang, daß das einheitliche Reich doch eben aus allen deutschen Landen bestehen soll, daß jede deutsche Gegend von Wert für das Reich ist und daher nicht vernachlässigt werden wird; sondern es fehlt auch die richtige Vorstellung davon, daß jede deutsche Reichsprovins (oder wie das heißen mag) mitbeteiligt ist an der „Firma Reich“, ein Aktionär, dem die Anteile zugutekommen, wobei der bisherige Hauptaktionär,

Preußen, liquidiert hat und gar nicht mehr imstande ist, die anderen zu „vergewaltigen“ und „auszunutzen“. Dieser letzte Gesichtspunkt wurde besonders in Bayern dem gutgläubigen Volke vorgespiegelt!

Aber diese Dinge werden wir hinwegkommen. Der Einheitsstaat soll allen gerecht werden, wie das in Italien, Frankreich, Spanien der Fall ist. Wie wäre das auch anders denkbar?

Denkbar ist das Gegenteil nur in solchen Köpfen, die eben im Nachbarn, und besonders in Preußen, etwas Feindliches sehen. Gerade dies aber soll die sittliche Wirkung des Einheitsstaates sein: ein engeres Sichzusammenschließen, ein besseres Sichverstehen, ein gründlicheres Sichkennenlernen. Daran fehlt es viel mehr in Deutschland, als man denken sollte. Es muß nicht nur mit den zu unglaublichen Hinderungen führenden und scharf trennenden einzelnen Staatsbürgerrechten gebrochen werden, es müssen nicht nur die einzelnen bunten Staatsgrenzpfähle an der Reichsgrenze fallen, sondern sie müssen auch im Innern fallen, und es muß die Freizügigkeit der Beamten im Reiche gewährleistet werden. Es muß ein einiger Geist ganz Deutschland durchziehen; obgleich das Stammliche nicht verschwinden soll, so soll doch die große Kluft zwischen Nord und Süd ausgeglichen werden. Das wird geschehen, wenn man auch wieder von mittel-deutschen Elementen hört, die aus unserer Betrachtungsweise fast völlig ausgeschaltet worden sind: teils durch das Vorrücken Preußens von Norden her und Bayerns und Badens von Süden her gegen den Main und Neckar, teils durch die Unbedeutendheit Darmhessens und der Thüringischen Herrlichkeiten.

Um aber zu dieser, unser nationales Gefüge sittlich festigenden Einheit des Bewußtseins zu kommen, muß es ein Gebot im neuen Reiche werden, daß die Erziehung entsprechend gestaltet werde.

Ich habe stets den Standpunkt vertreten, daß der deutsche Partikularismus — allen Behauptungen zum Trotz — nichts „echt deutsches“, kein deutscher „Instinkt“ sei, sondern Erziehungssache; dynastische, obrigkeitliche, familiäre Erziehung.

Gerade im Süden ist das deutlich. Im Gegensatz zu Preußen, dem Popanz, den so viele gar nicht kennen, blieb die Stimmung von 1866 die herrschende bis auf den heutigen Tag. Vom Großvater ererbt, ging sie auf den Enkel über, ging sie weg über das 1871 so glorreich Geschaffene. So ist es auch in Hannover geblieben; so ist es, aus unpolitischen Gründen vielfach in Rheinland zu beklagen. So ist die neuerdings erwachte Hinneigung Bayerns zu Österreich (wenigstens teilweise) zu erklären.

Darüber müssen wir wegkommen. In den bestehenden Landesgrenzen aber ist das ausgeschlossen. Preußens Übergewicht ist ein schwerer Schaden im bundesstaatlichen Reich gewesen. Nun es ins Einheitsreich aufgehen will, ist die Zeit gekommen zu unserer nationalen Einigung.

Sie hat für viele — aber nicht nur für den Süddeutschen! — etwas Tragisches. Was sie aber für unsere nationale Erstarbung bedeutet, liegt — abgesehen von wirtschaftlichem Ausgleich und hoffentlich neuem Aufschwung — auf dem idealen Gebiet; auf dem Gebiet bewußter, nationaler Erziehung, unter Wahrung des kulturell Wertvollen und Selbstverständlichen in den einzelnen Gebieten.

Ich denke hier an jenen kleinen Kalabresen in de Amicis Roman „Gerg“, welcher in Piemont in eine Schule hineinschneit, und an den Empfang, den ihm die Piemontesischen Schüler nach den patriotischen Worten des Lehrers bereiten. Er gemahnt sie daran, daß Italien fünfzig Jahre für die Einheit gekämpft und daß 30 000 Italiener dafür das Leben gelassen haben.

Das Theatralische dieser Rhapsodie beiseite, — wie unendlich weit ist der Deutsche doch noch von solcher Auffassung entfernt!

Sie konnte im Reich von 1871 mit seinen Sonderungskristallpunkten kaum entstehen. Sie wurde jedenfalls nach Kräften hintangehalten. Der Einheitsstaat muß sie uns bringen. In ihm muß es verpönt sein, den, der eine andere Mundart spricht, zu verspotten oder abzulehnen. Er wird der Erzieher zur Deutschtum sein. Und damit zur Wiedergeburt!

Da das deutsche Volk es in der Hand hat, den höchsten sittlichen nationalen Stand, die innere geistige und politische Einheit, zu erreichen, nenne ich es trotz all seines Unglücks ein glückliches. Wer das positive Ziel, welches diese Einheit darstellt, als sittlich empfindet, wird die Schwere unserer Zeit leichter ertragen als der Gegner der Einheit. Dieses Ziel erhebt, denn es verheißt ideale Gesinnung, wirkliche Brüderlichkeit für die Zukunft.

Aber das erfordert viel Umkehr vom Gewohnten. Darum ist es nicht nur ein Ziel, sondern auch eine Forderung. Für jeden Einzelnen!



Parteien und Wahlen in Elsaß-Lothringen

Von Paul Reichert (Frankfurt a. M.)



Am 16. November haben in Elsaß-Lothringen wie im übrigen Frankreich die Kammerwahlen, die ersten Wahlen seit dem Verlust des Landes, stattgefunden. Die politische Umwälzung rief eine völlige Neubildung der Parteien hervor. Die mächtigste Partei des Landes, das Zentrum, nannte sich im Elsaß Republikanische Volkspartei, in Lothringen, wo sie eine Verschmelzung mit dem früheren Lothringer Block einging, Republikanische Union. Der wichtigste Programmpunkt ist die Aufrechterhaltung der deutschen Kirchen- und Schulgesetzgebung, der Widerstand gegen die Trennung von Kirche und Staat und gegen die Laienschule. Die zweite große Partei des Landes, die Sozialdemokratie, steht natürlich auf dem entgegengesetzten Standpunkt, wie sie überhaupt ihrem Parteidogma zufolge jede Sondertümelei Elsaß-Lothringens innerhalb des französischen Einheitsstaates verwirft. Die Hauptforderung der Sozialdemokratie ist die Nationalisierung der Eisenbahnen, der großen Industrieunternehmungen und der Bodenschätze. Den gleichen Standpunkt in der Kultur- und Wirtschaftsfrage nimmt die Radikale Partei ein, die aus der früheren Liberal-demokratischen Partei hervorgegangen ist und eine entschieden demokratische Politik verfolgt. Weniger trifft dies zu auf die neue Demokratisch-republikanische Partei, die den größeren Teil der Liberal-demokratischen Partei in